

und damit für die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und ihre friedliche Zusammenarbeit. Deshalb liegt die baldige Ratifizierung und die volle Wirksamkeit des Vertrages zwischen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der BRD im Interesse aller europäischen Völker und insbesondere des Volkes der BRD.

In den Verhandlungen der beiden Delegationen wurde festgestellt, daß der Vertrag zwischen der UdSSR und der BRD auch günstige Voraussetzungen für die Regelung der offenen Fragen zwischen der BRD und den sozialistischen Ländern schafft. Sie erwarten, daß die Regierung der BRD in ihrer Politik von der realen Situation ausgeht, die durch die Nachkriegsentwicklung in Europa entstanden ist, und daß sie die berechtigten und völkerrechtlich begründeten Forderungen der sozialistischen Staaten respektiert. Das setzt ein realistisches Herangehen an die Frage der Herstellung normaler gleichberechtigter Beziehungen der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und der BRD voraus.

Eine solche Politik der friedlichen Koexistenz erfordert den Verzicht auf jegliche Diskriminierung der Deutschen Demokratischen Republik in den internationalen Beziehungen und in den internationalen Organisationen. Die Tschechoslowakische Sozialistische Republik wird auch weiterhin diese unveräußerlichen Rechte der DDR voll unterstützen. Beide Seiten sind überzeugt, daß die Aufnahme normaler, gleichberechtigter Beziehungen zwischen der DDR und der BRD auf der Grundlage des Völkerrechts eine real lösbare Aufgabe ist.

Die tschechoslowakische Delegation würdigte, daß die Deutsche Demokratische Republik das Münchner Abkommen von Anfang an mit all den sich daraus ergebenden Folgen stets als ungültig betrachtet hat. Es liegt an der Regierung der BRD, daß sie in der Frage der Ungültigkeit des Münchner Abkommens einen realistischen Standpunkt einnimmt und dessen Ungültigkeit von Anfang an anerkennt.

Bei der Beurteilung einiger realistischer Momente in der Politik der Regierung der Bundesrepublik gegenüber den sozialistischen Staaten konstatieren beide Seiten, daß die bestehenden negativen Züge in der innenpolitischen Entwicklung in der BRD nicht außer acht gelassen werden dürfen. Die aggressive Konzeption des Rechtsblocks der revanchistischen und neonazistischen Kräfte, politisch und finanziell vom militärisch-industriellen Komplex gestützt und gelenkt, wird von neuem zur Gefahr für Frieden und Sicherheit in Europa. Ihr zu begegnen ist die